

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wöhling (vorm. Wm. Weiz), Markt 24/25
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restameteil 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sanktverein Atern.

Nr 132

Donnerstag, den 3. November 1932

45. Jahrgang

Die Ernennungen

Die neue preussische kommissarische Regierung.
Berlin, 1. November.

In seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen hat der Reichspräsident folgende Ernennungen vorgenommen:

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums hat er den Staatssekretär 3. D. Professor Dr. Popitz ernannt.
Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Reichsminister Freiherrn von Brauns.
Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Universitätsprofessor Dr. Käppler.
In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein.
Der Reichspräsident hat den Stellvertretenden Reichskommissar für das Land Preußen, Staatssekretär 3. D. Oberbürgermeister Dr. Bach, und den Stellvertreter des Reichskommissars für das preussische Finanzministerium, Staatssekretär 3. D. Professor Dr. Popitz, für die Dauer ihrer Betrauung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Reichsratsverfassungsausschusse einberufen

Berlin, 1. November.
Der Reichsminister hat in Vorbereitung der Wiederaufnahme der Reichsratsverhandlungen die Einberufung des Reichsratsausschusses für Beratung und Geschäftsordnung zum 3. November veranlaßt. Die Sitzung ist vertraulicher Natur und dürfte der Erörterung der preussischen Frage gewidmet sein.
Dem preussischen Staatsministerium wird hierzu ergänzend mitgeteilt, die Einberufung des Ausschusses geht aus einer preussischen Antrag zurück. Die preussische Staatsregierung habe der Wölkheit der Reichsregierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widerprochen.

Som preussischen Staatsministerium wird hierzu ergänzend mitgeteilt, die Einberufung des Ausschusses geht aus einer preussischen Antrag zurück. Die preussische Staatsregierung habe der Wölkheit der Reichsregierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widerprochen.

Braun zu den Neuernennungen

Berlin, 1. November.
Das geschäftsführende preussische Staatsministerium Braun nimmt in einer Erklärung wie folgt zu den Ernennungen in Preußen Stellung:
„Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reichs. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltsmäßigen Unterlagen mitzuzurechnen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Zustimmung der preussischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preussischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund von Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden.
Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zutreffender als die Bezeichnung als „Landesminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entlassung des Staatsgerichtshofs nicht in Einklang steht. In der Ernennung von Popitz wird nun eine gewisse Weiter der Reichsregierung von der bisherigen Verteilung der früheren Finanzgebarung des Reichs zu erblicken haben, an der Herr Popitz, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929 als maßgebender Sachbearbeiter mitgewirkt hat.“

Kabinett Braun im Reichsrat

voraussichtlich keine neue Preußenliste.
Berlin, 2. November.
Wie zur gestern angelegte Sitzung des Kabinetts Braun ist auf heute verschoben worden, weil einige der Minister, die am Wahlkampf teilnehmen, nicht früher in Berlin sein konnten. In der Kabinettsitzung will sich die Regierung Braun darüber schlüssig werden ob und welche Folgerungen sofort aus den neuen Maßnahmen des Reichsfinanzministers bzw. der Reichsregierung zu ziehen seien.
In ununterrichteten Kreisen glaubt man, daß sich das Kabinett von einer abendlichen Sitzung des Staatsgerichtshofes im Augenblick nichts Wichtiges verspricht, wobei eine neue Sitzung höchstens gesehen wäre, wenn

eines Bayern oder ein anderes Land diesmal die Initiative ergreife.

Zu der Sitzung der Reichsratsausschüsse am Donnerstag dürfte das Kabinett, gestützt auf die Staatsgerichtshofentscheidung, keine Vertreter, nämlich die Ministerialdirektoren Dr. Bracht und Dr. Baß, entsenden. Außerdem wird als weiterer preussischer Hauptamtlicher Reichsratsvertreter der Ministerialdirektor im Handelsministerium Cosmann entandt, der sich, wie verlautet, gleichfalls allein auf die Instruktionen der Staatsregierung für gebunden hält. Preussischer Stimmführer im Reichsrat bzw. in den Ausschüssen wird Ministerialdirektor Dr. Bracht sein. Die Staatsminister persönlich dürfen an den Reichsratsausschussverhandlungen nicht teilnehmen.

Keine Stuttgarter Konferenz

In der Presse ist verschiedentlich von einer Stuttgarter Konferenz zwischen dem Bevollmächtigten der Reichsregierung, Freiherrn von Lersner, und den Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg die Rede, die dadurch nicht zustande gekommen sein soll, daß Freiherr von Lersner Stuttgart vor der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held verlassen habe.
Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß eine derartige Konferenz überhaupt nicht geplant gewesen sei. Freiherr von Lersner steht seinem Auftrag gemäß in ständiger Fühlung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und befindet sich augenblicklich auf einer Reise nach Dresden und den süddeutschen Hauptstädten München, Stuttgart und Karlsruhe.
Es ist richtig, daß Freiherr von Lersner in Stuttgart mit dem Staatspräsidenten Dr. Holz verhandelt hat. Eine Zusammenkunft mit dem dann in Stuttgart eingetroffenen Ministerpräsidenten Dr. Held war aber nicht vorgesehen. Es ist deshalb auch falsch, wenn in der Presse davon die Rede ist, der bayerische Ministerpräsident habe erklärt, er sei für Freiherrn von Lersner nicht zu sprechen.

Ämterübernahme durch Popitz

Reichsminister Prof. Dr. Popitz hat in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskommissars für das Land Preußen im Geschäftsbereich des preussischen Finanzministeriums seine Amtsgeschäfte übernommen.
In seiner Einführungsrede vor den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Finanzministeriums hob Reichsminister Dr. Popitz hervor, daß er nicht als Fremder in das preussische Finanzministerium komme, mit dem er durch langjährige Zusammenarbeit in der preussischen und in der Reichsverwaltung verbunden sei. Er vermieße auf die großen Aufgaben der Gegenwart, die darin gipfeln, den Finanzen des Landes Preußen und der von ihm umschlossenen Gemeinden und Gemeindeverbände wieder eine feste Grundlag zu geben, so daß sie — nach einem Worte Marc Aurels — nicht aufrechtstehen werden, sondern aufrecht stehen.
Staatssekretär Schleiermacher brachte den Dank für die Begrüßungsworte zum Ausdruck und versicherte, daß die Beamtenschaft des Finanzministeriums wie bisher unter Einlage der besten Kräfte an den großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, mitarbeiten werde.

Am Freitag Oberpräsidentenkonferenzen

Reichskommissar Dr. Bracht hat die preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten für Freitag, den 4. November, zu einer Sitzung im preussischen Innenministerium eingeladen.
Die Tagesordnung soll erst zu Beginn der Besprechung bekanntgegeben werden. Derartige Besprechungen haben auch bisher schon wiederholt stattgefunden. Neben einer Ausprache über die politische Lage dürfte der Zweck der Zusammenkunft vor allem auch in einer Erörterung der sich aus der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Preußen und der Verwaltungsreform ergebenden Fragen bestehen.

Die Zusatzstimmen der Wahlreform

Keine Stimmrechtung der Arbeitslosen.
Die von dem Reichsminister im Verein der Berliner Presse vorgebrachten Reformgedanken haben in der Öffentlichkeit, wie zu erwarten war, je nach der parteipolitischen Richtung Kritik gefunden. Insbesondere haben die Ausführungen über die Schaffung von Zusatzstimmen für Familienmitglieder und Kriegsteilnehmer Anlaß zu der Behauptung gegeben, die Reichsregierung plane eine Stimmrechtung der Arbeitslosen.
Demgegenüber wird festgestellt, daß von einer derartigen Abicht überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Es handelt sich nach den Vorschlägen der Regierung um die Gewährung einer Zusatzstimme an diejenigen Männer oder Frauen

denen die Sorge für die Erziehung einer Familie selbstverantwortlich obliegt. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob ein Familienernährer, Mann oder Frau, seinen Unterhalt durch Arbeit erwirbt oder unterläßt wird. Es kommt allein auf die Tatsache an, daß jemand außer für sich auch noch für ein oder mehrere Kinder zu sorgen hat. Von einer Entziehung der Arbeitslosen kann also keine Rede sein.

Rahgenberger zur Disposition gestellt

Berlin, 2. November.
Wie verlautet, ist der Vortragende Legationsrat Rahgenberger, der mehrere Jahre lang das Inlandsreferat in der Presseabteilung der Reichsregierung leitete, zur Disposition gestellt worden. Geheimrat Rahgenberger war bereits seit mehreren Monaten beurlaubt und ist während dieser Zeit für Sonderaufgaben des Auswärtigen Amtes verwendet worden. Nach Ansicht politischer Kreise wird erwartet, daß Geheimrat Rahgenberger in Kürze an einer anderen Stelle im Reichsdienst wieder Verwendung finden wird.

Kommunistische Staatsreichspläne?

Die Pressekorrespondenz der NSDAP. veröffentlicht ein kommunistisches Rundschreiben.
München, 2. November.

Die Pressekorrespondenz der NSDAP. veröffentlicht ein Rundschreiben, das nach den Mitteilungen der Korrespondenz von der Exekutive des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Vermerk „t r e n g e h e i m“ an die Bezirksleitungen der Partei verandt worden ist und Anweisungen für einen Staatsreichsplan enthält.
Nach diesem Schreiben sollen vom 15. November ab große Demonstrationen von Arbeiterkolonnen durchgeführt und Streiks an den Baustellen der Wohnsiedlungen und der kommunalwirtschaftlichen Kampfbauarbeiten organisiert werden, um die Polizei zu zermürben. Der verbundene „Kampfbündelbund“ wird überhaupt alle kommunistischen Kampfbauorganisationen sollen mobilisiert und gegen die Polizei eingesetzt werden.
Weiter enthält das von der nationalsozialistischen Korrespondenz veröffentlichte Rundschreiben Anweisungen über die Befehle von Kojernen und Polizeierkennungen. Die Polizei soll durch provokative Anreden solange beleidigt werden, bis die Befehle gelungen ist. Dann sollen Zersprengungen, Flugblätter, Post und Eisenbahn, Verwaltungsgebäude und Banken besetzt werden.
Im übrigen sollen auch schon Entwürfe für amtliche Bekanntmachungen nach einer Revolution im Wortlaut vorliegen, die politische Versammlungen mit Todesstrafe bedrohen und die Auflösung der Reichs-, Länder- und Stadtparlamente sowie die Einlösung eines Dolgenrats der „Revolutionsexekutive“ vorsehen. Andere Berührungspunkte betreffen die Handreichung der Beschlüsse bei Grenzübertreten und bei Streiks, die Befehlsgewalt des Vorgesetzten und der Kraftfahrzeuge, die Einführung der Zensur und die Festsetzung der Polizeistunde auf 8 Uhr abends.

Eine amtliche Neuheuerung zu dieser Veröffentlichung, liegt bisher nicht vor.

Die Steuern für November

Die Ausgaben im Reich.
5. Lohnabzug und Arbeitslosenhilfe, soweit sie mit dem Lohnabzug zusammen zu entrichten ist, für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober. (Keine Schonfrist.)
10. Umsatzsteuerzahlung für den Monat Oktober (Schonfrist bis 17. November.)
10. Anmeldung und Zahlung der Börsenumsatzsteuer für Oktober im Berichtsungsverfahren. (Keine Schonfrist.)
15. Vermögenssteuerzahlung entsprechend dem letzten Steuerbescheid. (Keine Schonfrist.)
15. Einkommensteuerzahlung der Landwirtschaft entsprechend dem letzten Steuerbescheid in Höhe der Hälfte der zuletzt festgestellten Steuerhöf. (Keine Schonfrist.)
10. Lohnabzug und Arbeitslosenhilfe, soweit sie mit dem Lohnabzug zusammen zu entrichten ist, für die Zeit vom 1. bis 15. November. (Keine Schonfrist.)
Die Ausgaben in Preußen.
10. Bier- bzw. Getränkesteuer.
15. Gewerbesteuer- und Gewerbevertragssteuer, Grundvermögenssteuer mit Zulagen für Monats- und Vierteljahrszahler.
15. Einkommensteuer, Lohnsummensteuer, soweit nicht Sondervorschriften bestehen.

Gegen Parteiegoismus und Parteizerrissenheit für Deutschland!

Wählt Deutschnationale Volkspartei Liste 5!

Deutsche Tageschau

Sintende Lebenshaltungsstellen.

Die Reichsregierung für die Lebenshaltungsstellen befaßt sich für den Durchführungsplan des Monats Oktober auf 1930 gegenseitig 1195 im Normalfall. Ein dem Ratung für die Beschäftigten Ernährung, Kleidung und sonstiger Erbauung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Angehörigen für Ernährung um 0,8 v. H., auf 109,6 für Bekleidung um 0,8 v. H., auf 113,9 und für „sonstigen Bedarf“ um 0,4 v. H. auf 164,1. Die Angehörigen für die Wohnung ist infolge Erhöhung der fiktionalen Gehältern in einer Gehaltsgruppe etwas geringer; die Angehörigen für Heizung und Beheizung hat sich infolge des weiteren Abbaues der Sommerpreisaufschläge um 0,6 v. H. auf 136,0 erhöht.

Kaiser-Partei und Präsidial-Partei nicht zugelassen.
Der Reichswahlvorstand hat die Reichswahlvorschläge aller unter der Voraussetzung zugelassen, daß aus Kreiswahlvorschläge zugelassen würden, die sich an die Kreiswahlvorschläge anließen. Diese Voraussetzung ist nun nicht erfüllt für den Reichswahlvorschlag Nr. 22 „Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baukammern, Oberlehrer- und so weiter Kampfer)“, Nr. 23 Deutsche Kaiser-Partei und Nr. 24 Deutsche Präsidial-Partei. Diese Reichswahlvorschläge sind also gefällig worden.

Annulierung in Anhalt.
Das Staatsministerium in Anhalt teilte mit, daß in 144 Fällen Strafhaft und in 386 Fällen Einstellung des Verfahrens erfolgt ist. Von den betroffenen Personen gehören 181 politisch rechtsgerichteten, 339 politisch linksgerichteten Kreisen an; in 160 Fällen ist von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht worden. Bei den Aufhebungen ist der wirtschaftlichen Notlage Rechnung getragen worden.

Auslands-Rundschau

Handelspolitische Besprechungen in Oesterreich.
Zur Regelung einiger schwerwiegender handelspolitischer Fragen haben im Wiener Bundeskanzleramt Besprechungen zwischen den zuständigen deutschen und österreichischen Fachreferenten begonnen. Die Verhandlungen werden einige Tage in Anspruch nehmen.

Scharfes politisches Vorgehen gegen Nationalisten.
Die nationalpolitische Kampfbewegung „Lager des Großen Polen“ wurde in der hitzigen politischen Kampfbewegung aufgelöst. Das „Lager“ besaß in Riege 32 Kampfgruppen mit etwa 2000 Mitgliedern. Die Organisationsleitung des „Lagers“ versah wegen ihrer regierungsfeindlichen Tätigkeit fälschlich auch in Polen, Pommern und Ostpreußen der Kampfung.

Die japanischen Geiseln in Mandchurien.
Eine aus Spanien und Brest-Litovsk von Mandchurien aufkommende Mission wird sich mit Erlaubnis der Sowjetbehörden auf dem Wege nach Mathiasfelsen begeben, wo freigelassene japanische Frauen und Kinder Zuflucht gesucht haben. Von dort aus wird die Mission Verhandlungen mit dem chinesischen Beauftragten in Mandchurien wegen Freilassung der noch als Geiseln gefangenen japanischen Missioner eröffnen.

Kleine politische Meldungen
Empfänge beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den neuernannten deutschen Botschafter in Paris, Roland Köster, sowie den deutschen Gesandten in Zürich, Dr. von Rosenberg.
Neuer amerikanischer Botschafter in Polen. Der frühere erste Sekretär der amerikanischen Botschaft in London, Ferdinand Behm, ist zum Botschafter in Polen ernannt worden.
Zeremonie für militärische Vergehen in Italien. In Anwesenheit der Geheimreferenten des Marquis von Rom haben die Minister für Marine, Heer und Luftfahrt eine Kommission für Disziplinarvergehen ernannt.

Fort Fernandez von paraguayischen Truppen eingenommen.
Die paraguayischen Truppen haben das Fort Fernandez erobert und im Abschnitt Paraná drei bolivianische Gefangenen eingenommen.

Die Präsidentschaft in Chile. Bei der Präsidentschaftswahl in Chile erhielt Arturo Alessandri mit rund 180 000 oder insgesamt 325 000 Stimmen die absolute Mehrheit.

Aus der Umgegend

1. Oktober, 2. November.

Der Kreisstag des Kreises Querfurt findet am Freitag, dem 11. November 1932, 10.30 im Sitzungssaal des Kreisbauhauses in Querfurt nach folgender Tagesordnung statt:
1. Berichterstattung eines Ausschusses für die Kreisparlamente, 2. Erhebung einer Kreisfeuer-Platzungsmappe, 3. Neuwahl der Mitglieder des Vorstandes der Kreisparlamente, 4. Neuwahl eines Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Brandenrode und für den Wahl der Wahl des jetzigen Amtsvorsteher-Stellvertreters Suhr in Größt zum Amtsvorsteher, Neuwahl des Amtsvorsteher-Stellvertreters; 5. Neuwahl eines stellvertret. Mitgliedes des 13. Bezirks für den verstorbenen Lehrer i. R. Reinhold Hoffmann in Großwangen; 6. Antrag des R. Verlaes des Querfurter Tagesblattes auf Übertragung der amtlichen Veröffentlichungen der Kreisverwaltung.

Wieder Schnapsverbot am Wohlfahrtstag. Durch Verordnung des Reichsinnenministers ist der Ausgank und Kleinhandel von Trinkbranntwein am Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. November, bis zur Vollstreckung verboten.

Der Bierkonsum rückgängig. Die Aktien-Malzfabrik Sangerhausen betont in ihrem Geschäftsbericht für 1931/32, daß sich die Lage im Malzgewerbe nicht gebessert hat. Der Bieranstoß bei fast allen Brauereien sei um 40—50 Proz. zurückgegangen.

Elektrischer Stromverbrauch. Der Stromverbrauch einer elektrischen Birne errechnet sich ganz einfach nach dem Verbrauch in Wattstunden (1000 Watt) geteilt durch die Wattzahl der Birne. Die Birnen sind nach Watt geteilt. Eine 25 Watt-Birne brennt also 40 Stunden, eine eine Kilowattunde verbraucht ist. Eine 250erige Birne hat etwa 27 Watt. Sie brennt also 1000 : 27, d. h. 37,05 Stunden, eine eine Kilowattstunde verbraucht ist.

Neue Wollfabriksteuern der Reichspost. Die fünf neuen Wollfabriksteuern (1000 Watt) gestellt durch die Reichspost sind für die Deutsche Reichspost verkauft worden, gelangen jetzt zur Ausgabe. Die nach Stahlblechen hergestellten Marken in Querfurt zeigen Bilder deutscher Bürger. Die Wollfabriksteuern sind ebenfalls wie die schon am 1. Oktober ausgegebenen hindenburgischen Wollfabriksteuern bis zum 30. Juni 1933 im inländischen und ausländischen Wollmarkt gültig.

Briefbeförderung nach Nordamerika. Wie das Reichspostministerium mitteilt, war der neubebaute italienische Dampfer „Conte di Savoia“, der am 3. November keine

ernte Reise von Genua nach Newport antreten sollte, für die Beförderung der deutschen Briefpost nach Nordamerika und darüber hinaus in Aussicht genommen. Nach neuesten Mitteilungen aus Italien ist die Ausreise des Schiffes auf den 30. November verzögert worden. Die zum 8. November aufkommende Briefpost wird daher dem Dampfer „Europa“ zugeführt werden, der am 11. November Bremerhaven verläßt und am 17. November in Newport eintrifft.

Kohleleben (Saargebiet). Seiner am Montag abgehaltenen „Saar im Reichsland“-Vorlesung Rede wurden von 12 Schülern 85 Seiten und 9 Redehörer geflossen.

Schmerzera. (Schandene Rufname). Der Schmaltesbewerber Alfred Reichel, normals in Wische an der Stadtküche tätig, hat die Prüfung als Lehrer mit „sehr gut“ in Halle bestanden.

Artern. Mit Rücksicht auf den zunehmenden Verkehr der schweren Fernlastzüge hat sich eine Verstärkung der Anfrubrücke auf der Reinsdorfer Straße notwendig gemacht. Mit den Arbeiten hierfür ist gefloren begonnen worden.

Querfurt. Der Bezirksausschuß und der Oberpräsident haben die erhöhten Realsteuern für den Stadtbezirk genehmigt. Danach betragen die Zufolge 200 Prozent zur Grundvermögenssteuer bei bebauten Grundstücken, 200 Prozent Grundvermögenssteuer bei unbebauten Grundstücken, 300 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrag und 1000 Prozent Gewerbesteuer nach dem Kapital.

Walsdorf. In einer der letzten Male wurde auf dem Rittergut eingebracht. Es wurden etwa 40 Stück Rhodolender Hühner mit Hoch aus einer Menge von 100 Hühnern ausgeführt. Die Tiere wurden lebend weggeschafft. Von den Dieben hat man keine Spur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich hierbei um dieblichen Spüßbuben handelt, die vor kurzer Zeit beim Pfarrrer sämtliche Hühner gestohlen haben.

Freiburg (Ahnrad). Der mit einem Fehlbetrag von über 140 000 Mark abschließende Haushalts wurde von den Stadtverordneten einstimmig abgelehnt. Schon im Vorjahr war in einer Eingabe an den Innenminister auf den hohen Fehlbetrag hingewiesen worden, und man will auch diesmal wieder die Regierung um Unterstützung bitten.

Naumburg. Wegen verdächtigem Diebstahls verhandelte das Naumburger Schourgericht gegen den Arbeiter Wilhelm Schleich aus Weiseneisels. Während eines Schrebergartenfestes verlor er seine Frau mit einem Stöckelbett an der Schulter. Die Zeit begann er aus Eifersucht, da seine Frau sich zur Zeitlichkeit mit einem anderen

Ein Waldbrand in Jiegelrodaer Forst.

Zum Glück gehören Waldbrände in unseren, vorwiegend mit Raubbölgern besetzten Wäldern der engeren Umgegend zu den Seltenheiten. Daß sie aber auch hier nicht ganz ausgeschlossen sind, lehrt der Brand im Jiegelrodaer Forst im vergangenen Sommer. Aus diesem Grunde war von der Oberförsterei Jiegelroda eine Waldbrandübung mit den nächsten Gruppen der Technischen Nothilfe angelegt worden. Die Übung fand, wie vor schon kurz berichtet, am vergangenen Sonntag statt. Beteiligt waren die Ortsgruppen der Technischen Nothilfe aus etwa 160 Mann. Ferner war die Sanitätskolonne Nothleben mit hinzugezogen worden. Die Gesamtleitung hatte Herr Oberförster Berter-Jiegelroda, den Einsatz der Mannschaften leitete der Ortsgruppenführer der Gruppe Geiseltal, Herr Reich-Golowjewa. Für die Arbeit der Sanitätskolonne war der Kolonnenführer Herr Haupt-Nothleben verantwortlich.

Der Übung lag folgende Annahme zu Grunde: Durch lang anhaltende Trockenheit sind die Nadelholzwälder des Jiegelrodaer Forstes, durch die zwei große öffentliche Straßen Jiegelroda—Nothleben und Jiegelroda—Artern, besonders der Feuersgefahr ausgesetzt. Es wird daher ein fähiger Patronenentzündung eingesetzt, der von einer Befehlsstelle aus, die an der Straße Jiegelroda—Nothleben, am Waldes, einzug von Jiegelroda her, ihren Stand hat, geleitet wird. Um die Sache natürlich zu gestalten, war von Waldarbeitern im Distrikt 76—16 südwestlich der Straße Jiegelroda—Nothleben, unterhalb der Kurve vor dem Waldhaus, ein Waldbrand angelegt. Große Rauchschwaden waren hier zusammengetragen und trotz des Regens loberten bald gewaltige Flammen empor und mächtige Rauchwolken zeigten den Brand an.

Die auf der Straße Nothleben—Jiegelroda eingeleitete Patrouille bemerkte zuerst das Feuer und gab durch einen vorbeifahrenden Motorradfahrer sofort die Meldung an die Befehlsstelle. Kurze Zeit darauf erhielt eine zweite Patrouille, die abwärts der Feuerstelle den Brandgeruch wahrgenommen hatte, auch sie gab sofort Meldung. Bald darauf trafen die Hilfsmannschaften, die auf die erste Meldung hin sofort alarmiert waren, an der Brandstelle ein. Mit Sägen, Spaten und Schaufeln sollte dem Feuer zu Leibe gegangen werden. In weiter Ausdehnung wurde das brennende Gebiet umtreift und unter Leitung der Postbeamten geleitet. Windstößen in den Waldböden geriffen. D. h., es wurde um die ganze Brandstelle ein Streifen von etwa zwei Meter Breite vor der Rauchschwaden befreit, um ein Ueberlaufen des Bodenfeuers zu verhindern.

Von der Befehlsstelle aus, die an der Straßenecke ihren Stand aufgemacht hatte, wurden im Au-Telefonleitungen nach den entferntesten Stellen des gefährdeten Gebietes geschaltet. Bald stellten sich auch die ersten Verwundeten und Rauchergerichte ein, so daß auch die Sanitätsmannschaften alle Hände voll zu tun hatten. Die Verletzten bekamen sachgemäße Verbände, die Rauchvergifteten, die sicher auf einen Kognal speichelt hatten, wurden mit Sauerstoffapparaten wieder ins Leben zurückgerufen. Kurz, es herrschte ein reger Betrieb. Nebelhaft war man mit hoher Einnahme bei der Sache, obgleich der Regen schon nach kurzer Zeit bis auf die Haut durchdrungen war.

Gegen 2 Uhr war die Übung beendet. Die Hilfsmannschaften marschierten zurück nach Jiegelroda, wo ein kräftiges Mittagessen die vom Regen geschwächten, teils nahezu fertigverbrannten Lebensgeister wieder aufweckte. Mittels Lastautos ging es dann der Heimat wieder entgegen.

Für alle Beteiligten war es eine interessante Übung, gleichzeitig zeigte sie, welche Bedeutung der Organisation der Technischen Nothilfe bei derartigen Gefahren zukommt.

weiterer begeben hatte. Gleich wurde zu drei Sätzen in Gedächtnis bei Anrechnung von zwei Monaten Unterbringungsbüro.

Naumburg. Am Sonnabendnachmittag verarmelten sich die lästlichen Körpergefänge zu einer Trauerfeier für den verstorbenen Oberbürgermeister Dietrich. Anschließend wurde in der Wenzelskirche die Trauerfeier abgehalten, bei der die Beisetzungsfeier der Ehrenmädchen vor dem Katastrophengebäude. Ein großer Zug folgte dann unter Trauermusik und Glöckchengang dem Sarge bis zum Sargort, von wo die Leiche zur Einäscherung nach Jena gebracht wurde.

Wiegendorf (Kr. Querfurt). Ein Flurhüter übertrafste auf dem Gelände der Grube Gölitz zwei Arbeiter, die einen Haken geholt hatten. Als die beiden Hühner, infolge der Säure und verlorste einen Wüldich durch eine Scharlach.

Günzlingen (Kr. Weiseneisels). Durch einen Zufall verlorste der Gimbobner Hoffmann in Günzlingen seine Schwiegereltern. Die Schwiegereltern mußte nach dem Stantenhaus in Erfurt übergeführt werden.

Jena. Da in letzter Zeit viele Erwerbslose nach Jena gezogen sind, weil sie hoffen, im Vorkamer Lehrverhältnis zu finden, hat der Gemeindevorsteher eine Verfügung erlassen. Er weiß darauf hin, daß nur Erwerbslose, die vor dem 19. September 1932 zugezogen sind, Aussicht haben, Arbeit zu erhalten. Auch nur diese Erwerbslosen können Jena-Erwerbslosenfürsorge beziehen.

Jöhlich (Kr. Weiseneisels). Gest wurde die Vormittagsübung in der Norddeutsche Weier in gegen die Geleite Besatzmann in Jöhlich eröffnet. Beide Geleite sind in Unterbringungshaft. Von Seiten der Verwandten des Ermordeten sind 500 Mark für die Ermittlung des Täters angelegt worden. Der Regierungspräsident in Weiseneisels hat die gleiche Stellungung ausgesprochen, nur für Privatpersonen für zweidienliche Mitteilungen verwendet werden soll.

Halle. Am Montagnachmittag entfiel an einer Straßenecke eine Schlägerei eine Schlägerei zwischen 30 bis 60 Schültern im Alter von 10 bis 13 Jahren. Als herbeigerufenen Polizeibeamte erschienen, ergriffen die Schüler die Flucht. Ein Teil von ihnen trug Abzeichen der SPD, der andere Teil soll, wie festgelegt wurde, mit der NSDAP, „Amphibosieren“.

Beckenitz (Mansf. Seef.). Bei Dreifacharbeiten fiel die Ehefrau des Landwirts Stephan durch einen Fehltritt in die Dreifachmaschine. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Hessau h. Halle. Wegen eines Lebensverwehrens kam es zwischen einem 30-jährigen Gimbobner und seinem Vater zu Auseinandersetzungen. Weil sich der junge Mann an seinen Vater vergriß, wurde er aus dem Hause gewiesen und erhängte sich.

Erfurt. Wie die Kriminalpolizei mitteilt, wurde am Dienstag gegen halb elf Uhr in der Mitte der Johannisstraße einer Frau die Handtasche mit 120 Mark in Papier und Silber entrisen. Als Täter kommt ein etwa 30-jähriger Burche in Frage, der noch nicht ermittelt werden konnte.

Rebra (Krhf. Hauer). Zwischen Rebra und Steinthalen trat der Forder Sippa von Johannas Gimbobner auf drei beidseitigen Männer. Zum ersten Anruf luden die hinter-Bäume Ordnung und schossen sofort auf den Forder, der das Feuer erwiderte. Da die Wüldiche süßten konnten, ist nicht festgelegt, ob jemand verletzt wurde.

Galbe (Saale). Das Fährweil zerrissen wurde von einem Unfall der Gottesgnadener Fähre. Der Fährweil konnte sein Fahrzeug aber sofort beranken. So daß es nicht weit abgetrieben und größeres Unheil vermeiden wurde.

Gienburg. Schullinder im Alter von elf und zwölf Jahren, die eine Reihe von Diebstählen begangen, wurden von der Polizei ermittelte. So wurden u. a. Schrebergärten heimgeführt, eine Feldheune aufgedröht und die Anleiderarme eines Sportbootes brennend. Außerdem wurde bei Bekanntem eines Mitgliedes der Diebstahlsbande 600 gefloren.

Torgau. In einem Familienreit hatte, wie gemeldet, der Sohn des Fährweilermesters Mitteilung auf seinen Vater mit einem Stöckel eingeklinken, der sofort tödlich getroffen war. Wie nun die amtliche Sektion der Leiche ergab, ist der Tod tatsächlich durch den Schlag auf den Kopf eingetreten.

Herrnburg (Anhalt). Feuer in der evangelischen Kirche. In der Nacht zum Montag brach im heiligen evangelischen Gotteshaus Feuer aus. Als die Feuerwehr eintraf, war das ganze Kirchengebäude bereits von den Flammen ergriffen worden. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte der Brand gelöscht werden. Der Schaden ist sehr erheblich, da auch das Chor und verschobene wertvolle Gegenstände vernichtet bzw. beschädigt worden sind. Der Brand ist durch eine schadhafte Stelle im Schornstein verursacht worden.

Magdeburg. Zwei junge Burchen verdühten nachts, ein vor der „Vibelle“ liehendes Privatauto zu fohlen. Die Diebe wurden von dem Besitzer des Wagens überreicht und festgehalten. Mehrere Passanten machten sich sofort an die Verfolgung, wurden aber von den Flüchtenden durch Schüsse in Schach gehalten. Erst dem alarmierten Ueberfallkommmando gelang es, einen der Diebe festzunehmen. Es handelt sich um einen 21-jährigen Burche, der ein Einwohner namens Heinrich. Sein Komplotte konnte entkommen.

Güsten (Anhalt). In einer von den Galtwirten Anhalts stark bezeichneter Verarmelung kritisierte der Vorsitzende, Deich-Deissau, scharf die überhand nehmenden Konsortienstellungen. Mit ihnen werde sowohl in den Säbellen, als auch auf dem See, ein fälschlicher und sehr heutzutage. Mehrfach sei die Konsortienstellung geistlich angefochten worden. Nach einer sehr regen Aussprache äußerte sich das Vorstandsmitglied des Deutschen Galtwirtenverbandes, Orfer-Berlin, über die Not im Galtwirtenverbande. Angebot und Nachfrage seien die ausschlaggebenden Regulatoren im Wirtschaftlichen und über heutzutage müsse abgeklärt werden. Zu fordern ist weiter die Befreiung aller ungerechten Steuern, besonders der Getränkesteuer.

Magdeburg. Nachts verdühten zwei junge Burchen einen vor der „Vibelle“ liehendes Privatwagen zu fohlen. Da sie den Wagen nicht schnell genug in Gang brachten und der Eigentümer dazu kam, flüchteten sie und gaben auf ihren Verfolger einen Schuß ab. Das Ueberfallkommmando konnte den Schützen festnehmen und als den 21-jährigen Heinrich aus Burg ermittelte. Inzwischen konnte auch sein Komplotte auf der jugendliche Erich

Röhne aus Burg freigelegt werden. Auf das Konto der beiden Verhafteten kommen eine ganze Reihe von Mordanschlägen in Burg. Auch der letzte Straftatenversteher, bei dem es sich um den in der Straftatenversteherkammer in Burg, der jetzt festgesetzte Röhne in Dornfeldthor nach Einnahme des Betriebslochs der Beschaffung der Röhne des Gattinens vom Trittbrettitz und mit dem Revolver bedrohte, ist damit aufgeklärt.

Magdeburg. Aus Anlaß seines 70. Geburtsjahres wird Gerhart Hauptmann der Einladung der Städtischen Bühnen zu einem Besuch Magdeburgs folgen. Der Dichter hat seinen Besuch für Sonntag, 20. November, zugesagt. Zu Mittag wird in der Städtischen öffentlichen Veranstaltung abgehalten, zu der Oberbürgermeister Reuter die Festrede abgenommen hat. Gerhart Hauptmann wird auch das Wort ergreifen und am gleichen Tage die Vorstellung von „Rose Bernd“ im Stadttheater bestanden.

Straßleben (Kr. Neuhausleben). Nachts drangen Einbrecher unter Zuhilfenahme von Nachschlüssel in die Enträume des Bahnhof-Hauslebens. Der Gelbfarber wurde erbrochen und das gesamte Bargeld, etwa 600 Mark, geraubt. Der Bahnhofsvorsteher, der in dem gleichen Gebäude wohnt, hat kein Verbrechen bemerkt, so daß man glaubt, daß er sich bei den Einbrechern um gewöhnliche Geldräuber handelt. Zum Glück hat der Stationsvorsteher erst am Tage vorher eine größere Summe Bargeld abgeliefert.

Stendal. Ihren lebensgefährlichen Verletzungen erliegen die Ehefrau des Monteurs Schmidt aus Mülhena, die Frau hatte, wie berichtet, beim Absteigen von einem schweren Brandwagen erlitten und aus Verwirrung über die großen Schmerzen an der Starstromleitung im Umarmen des Toten gehend. Dabei zog sie sich aber nur weitere schwere Verletzungen zu.

Stendal. Der Feldherrenkrieger Wendt hatte im Mai den Dampfer „Wend“ an sich übergeben, der auf einem Rade fuhr, mit einem Kraftwagen angehängt und mehrere Meter mitgeschleppt. Wendt war dann weitergefahren, ohne sich um den Schwerverletzten zu kümmern. Er entschuldigte sich vor dem Gericht damit, daß er wegen Trunkenheit von dem Unfall gar nichts gemerkt habe.

Schwabach (Kr. Döberitz). Söllig überfahren wurde das Kind eines anderen Schwabacher Reichshausen. Das Kind war beim Überqueren der Straße zwischen den Kraftwagen und Anhänger geplatzt.

Raubüberfall auf Bankboten

Ein Täter, zwei Schwerverletzte. — Der Lohndiebraub bereitet. — 3000 Mark Belohnung ausgesetzt! Erfurt. Der 30jährige Bankbote Paul Arnold aus Gieselerleben und der 53jährige Bankbote Franz Höper aus Erfurt hatten von der Reichsbank 50000 Mark Lohndiebstahl geholt, die sie auf einem kleinen Handwagen in einer Schließkammer beförderten. Kurz vor der Deutschen Bank von einem anderen Straftäter gefolgt, fuhren die beiden Bankboten zu, ihm folgte ein zweiter Mann, der ihnen plötzlich duntelblauen Anzug anhatte.

Der eine hob die Pistole, ohne ein Wort zu sagen, legte sie Arnold auf die Brust und säte sie ihm mit einem Schuß. Hierauf gab er Höper drei Schüsse ab, die ihn in die linke Brust trafen. Am gleichen Augenblick enteilte der Polizeipatrouillenchef Baumgarten, der in der Nähe als Verletzter lag, herbei, der den beiden Räubern nachstellte. Da sie sich nicht nach ihrem Wagen zurückzogen, erwiderte der Beamte das Feuer und verletzte ebenfalls den einen Bankboten. Als sie im Kraftwagen davonfuhren, verließ der Beamte durch fünf bis sechs Schüsse auf Hinterrücken und Hüften, den Wagen zum Erliegen zu bringen. Hierauf schwenkte er sich auf ein in der Nähe liegendes Motorrad und nahm die Verfolgung des in rasendem Tempo davongefahrenen Raubwagens auf. Auf die Dauer konnte er aber das Tempo nicht mithalten, so daß ein Polizeiauto die Weiterverfolgung aufnahm. In Sömmerda ging selber die Spur verloren. Zur Tat war ein graues Kolibri mit dem Zeichen 55 4002 benutzt worden, das in der Nähe des „Hotelis Bismard“ mit angelegtem Motor fahrbereit stand. Durch das gefahrlose Eingreifen des Polizeibeamten konnte

der Lohndiebstahl bereitet und die Nachhaken mit dem Geld in Sicherheit gebracht werden. Die Deutsche Bank & Discontogesellschaft hat für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Ihr Statement sowie das des Wagens ist durch Funtspruch verbreitet worden. Bei der Schließkammer wurde auch die vorübergehende Zeitungsbrau Beria Braun durch einen Schuß verletzt. Sie und der schwerverletzte Bankbote Höper wurden in das katholische Krankenhaus gebracht, wo Höper einer Operation unterworfen werden mußte.

In später Abendstunden wird von der Kriminalpolizei dazu mitgeteilt, daß die weiteren Nachforschungen zur Ermittlung des bei der Tat benutzten Kraftwagens geführt haben. Es handelt sich dabei um einen 8/38 oder 10/50 Pz-Mercedes-Benz-AG-Kabriolet, vierstellig mit zwei Türen. Der Wagen ist beige lackiert mit hinten angebrachten Koffern. Fernerbereiung führte der Wagen nicht mit die Verdet-Turmflammen sind verformt. Zur Zeit der Tat führte der Wagen das Kennzeichen 55 45 002" oder 45897. Der Wagen weist vermutlich Beschädigungen durch Schüsse auf. Der Wagen wurde zuletzt am 31. Oktober 1932 gegen 11.15 Uhr in der Nähe der Ortschaft Nüßelbühl bei Vangeliala gesehen. Als Täter kommen zwei Personen im Alter von 25 bis 30 Jahren in Frage. Sie waren gut gekleidet, trugen graue Mantel und verlegte Schlopphüte. Es ist zu vermuten, daß der verletzte Täter verurteilt wird, ärztliche Hilfe oder Krankenhauspflege in Anspruch zu nehmen. Für Hinweise, die zur Ermittlung der Täter führen, ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Angaben, die auf Würdigung wertvoll gehalten werden, nimmt jede Polizei- und Landjägerdienststelle entgegen. Bearbeitende Dienststelle ist die Kriminalpolizei beim Polizeipräsidenten Erfurt, Anruf Amt Erfurt 25 261.

Inhalts politische Annette

Dejau. Das Staatsministerium teilt auf eine Anfrage über die Umverteilung des Ammelbaches mit, daß in 14 Fällen die Straftaten mit 388 Gefängnisjahren der Verurteilten erfolgt sind. Politisch liegen 189 Verurteilungen und 339 links. Von dem Begnadigungsrecht wurde in 160 Fällen Gebrauch gemacht. Auch in allen übrigen Gefängnisjahren wurde abgemittelt, ob und inwiefern wirtschaft-

liche Not zu den Straftaten geführt hat. Bei der Entschädigung ist einer völligen Vollzage Rechnung getragen worden.

Eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben

Quedlinburg. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, in Quedlinburg eine Falschmünzwerkstatt auszuheben, von der aus falsche Eins, Zweis und Fünfmärkige im Umland verbreitet wurden. Die Hersteller des Falschgeldes, zwei Brüder Kiff, konnten gefasst werden, als sie gerade von einer Uferbesichtigung zurückkehrten. Die Polizei fand bei ihnen eine große Anzahl Falschgeld. Eine Frau, die in Uferbesichtigung umherte, wurde dort festgenommen.

„D 2017“ aufgegeben

keine Hoffnung mehr auf die Postklinger. Berlin, 2. November. Alle Nachforschungen nach dem Postflugzeug „D 2017“, das über dem Kanal nach seinem Start in London verunglückt, sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Die Nachforschungen einer englischen Rettung der Besatzung, die aus fliegende Quelle kommen, sind offiziell demontiert worden. Damit ist auch die Hoffnung, daß die beiden Flieger Guno und Drebes von einem Dampfer aufgenommen worden sind, zunichte gemacht. Es ist also kaum noch daran zu zweifeln, daß Pilot und Junfer den Tod in den Wellen fanden.

Neues aus aller Welt

Gertrud Binnergal außer Lebensgefahr. Das Befinden der Sängerin Gertrud Binnergal, die von ihrem Mann, dem Bankier Hinge, niedergeschossen worden war, hat sich in den letzten Tagen wesentlich gebessert, so daß man nach Ansicht der behandelnden Ärzte keine Belorgnis mehr um das Leben der Patientin zu haben braucht. Auch die infolge der Verletzung des Darms eintretende Bauchentzündung ist glücklicherweise nicht eingetreten.

Entlassung eines Mischelbesetztes. Am 2. Zug Wiesbaden-Berlin wurde am 26. Oktober ein ansehendes Bewohnerfahrzeug entbeut. Durch das geheimnisvolle Verhalten des Mannes, der keine Papiere und nur einige Pfennige Geld bei sich hatte, wurde die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam. Nach eingehender Erkundung ist es jetzt gelungen, die Identität des Mannes festzustellen. Es handelt sich um den 35 Jahre alten Schlosser Richard Bauer aus Wiesbaden, der am 18. Oktober unter Hinterlassung von Mischelbesetztes aus seinem Heimort geflüchtet ist. Er verweigerte bisher jegliche Aussage.

Streit im Danziger Zellungsgewerbe. Seit längerer Zeit schwachen zwischen den Hausbesitzervereinigungen und dem Danziger Zellungsverein Verhandlungen wegen Einführung der sogenannten 40-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Beibehaltung der alten Löhne. Von den Verlagen ist die Forderung abgelehnt worden mit der Begründung, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit bei Beibehaltung der alten Löhne eine Herabsetzung der Löhne bedeuten würde, die im heutigen Zeitalter nicht tragbar sei. Die Hausbesitzervereinigungen haben darauf den Beschluß gefaßt, in den Streit zu treten.

Blutak wegen Ehestreits. Der 46jährige Materialwarenhandeler Hugo Herold in Rusbord in Westfalen erschlug seinen liebenden Sohn, verwundete seine Ehefrau durch einen zweiten Schuß tödlich und entloste sich dann selbst. Der Grund zur Tat wird in ehehellen Zerwürfissen gesucht.

Das unruhige Hamburg. In dem Hamburger Stadtteil St. Georg kam es erneut zu Zusammenstößen. Angehörige des Reichsbanners gerieten mit Nationalsozialisten in einen Streit, bei dem auch Schüsse fielen. Hierbei erlitt der 22jährige Angehörige der NSDAP. Gyranfa einen Beschuß. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Die weiteren Verlesenen verletzt wurden, liegt noch nicht fest. Die Polizei nahm drei Personen fest, die jedoch befreiten, am dem Zusammenstoß beteiligt gewesen zu sein.

Politische Schlägerei in Braunschweig. Auf der Kreuzstraße in Braunschweig entlief eine Schlägerei zwischen Angehörigen der NSDAP, und des Reichsbanners, bei der auch mehrere Schüsse abgegeben wurden. Einer der Beteiligten wurde durch einen Oberschenkelverletzung verletzt. Unverletzliche Täter ist ein Bäcker vorläufig festgenommen worden.

Tränengasbomben in einem Einheitspreisgeschäft. Unbekannte Täter warfen in die Verkaufsräume des Einheitspreisgeschäftes Epa in Hamburg eine Anzahl Tränengasbomben, durch die die Verkaufsräume völlig unter Wasser gesetzt wurden, so daß Publikum und Verkaufspersonal flüchten mußten und der Verkauf für etwa zwei Stunden unterbrochen wurde. Ein Mann wurde festgenommen, er bestritt jedoch, der Urheber der Tat zu sein.

Polizei im Breslauer Braunen Haus. Im Braunen Hause in Breslau wurde bei einer Durchsichtigung, wie die Polizei mitteilt, auf Grund von Hinweisen eine Person festgenommen. Sie wird dem Gericht zugewiesen werden. Vier weitere Personen, die sich nicht genügend ausweisen konnten, wurden zur Feststellung ihrer Personalien ins Polizeipräsidium gebracht.

Schwere Stürme über Frankreich. Seit einigen Tagen herrscht fast in ganz Frankreich ein fürchterliches Unwetter. Die Wälder sind fast alle abgesägt, das Meer ist durch die Küstenerosion fast zerstört. Viele Dampfer sind in den Häfen festgehalten. Die Verhinderung der Luftverkehrsmittel ist nur mit großen Schwierigkeiten durchzuführen. Bei La Rochelle sind die Hafenanlagen beschädigt worden. Der Hafen selbst mußte gesperrt werden, da er von schwebenden Schiffe überflutet ist. Auch aus Innerfrankreich werden Sturmfluten gemeldet. So ist besonders das Gebiet der Somme bei Reumont und Mauve durch Wellenbrüche heimgesucht worden. Das flache Land ist durch das Hochwasser der Somme teilweise überflutet.

Die deutsche Volkspartei

hat im Wahlkreis Halle-Merseburg an der Spitze ihrer Kandidatenliste zwei Männer stehen, die mit ihren reichen Erfahrungen im öffentlichen Leben und in der Wirklichkeit ihren Wählern fruchtbar Arbeit im Parlament verüben. Es steht an erster Stelle:

Stadtmedizinalrat Dr. Schnell, aus turkischer Beamtenfamilie stammend, steht im 42. Lebensjahre. Er machte den ganzen Krieg bis zum Schluß an der Westfront mit, trat

dann zunächst in Universitätsdienste, um 1920 in die Verwaltung der Stadt Halle überzugehen. 1922 wurde er Medizinalrat in Frankfurt/Main und 1925 als Nachfolger von Stadtmedizinalrat Dr. Drigalsch, der einem Auf nach Berlin folgte, zum Leiter des Städtischen Gesundheitsamtes und Delegierten des Gesundheitswesens der Stadt Halle berufen. Gleichzeitig ist er Privatdozent für Sozialhygiene an der Universität Halle-Merseburg und Lehrer an der Pädagogischen Akademie. Er ist Mitglied des Preussischen Gesundheitsrates und zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften; u. a. ist er auch Geschäftsführer einer Kommission des Hygiene-Komitees im Vorkrieg. Seine wissenschaftliche Arbeit liegt besonders auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens und der Lebensmittel.

Der zweite Kandidat, Schloßmeister Stadtrat Michel, ist 43 Jahre alt. Bis zum Kriege arbeitete er als Schlosser und Werkmeister, um dann als einer der Ersten mit ins Feld zu rufen. In die Heimat zurückgekehrt, machte er sich selbstständig. Seit 1924 ist er Vorsitzender der Ortsgruppe Halle des Mitteldeutschen Sanbundes; zur gleichen Zeit zog er zum ersten Mal als Stadtratskandidat in das Parlament der Stadt Halle ein, bis er 1929 unbedenklicher Stadtrat wurde. Als Zeichen seiner außerordentlichen Fröhlichkeit und Verschwendung ist es zu erwähnen, daß im Jahre 1930 zum Präsidenten ihrer Handwerkskammer wählten. Außerdem ist Herr Michel Mitglied des Hoffhäuserbundes und der Hausbesitzer-Organisation.

Betterierung der Verwaltung.

Seit Wochen beschäftigen sich die Körperpolitiker der freischnigen Städte mit den gegen ihre Selbstverwaltung gerichteten Maßnahmen der preussischen Verwaltungsreform. Das Ergebnis ist überall das gleiche. Die freischnigen Städte begrüßen jede Verwaltungsreform, die wirklich eine Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung darstellt. Gerade deswegen sind sie sich in der Ablehnung desjenigen Teiles der Verwaltungsreform einig, der das Verhältnis zwischen Land und freischnigen Städten berührt, weil hier Erparnisse durch die Reform nicht eintreten werden. In der Verbesserung der Staatsaufsicht auf den Landrat als Vorsitzender des Kreisaußenbüros zur Beschäftigung mit dem Verwaltungsgeschäft erster Instanz für die Städte bis zu 10000 Einwohnern erblicken die freischnigen Städte einen schweren Mißgriff. Sie sind überzeugt, daß diese Maßnahme zu einer Betterierung und Erhöhung der Verwaltung und zu einer Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechts und der Entwicklungsmöglichkeiten der freischnigen Städte führen muß. In dieser Beurteilung sind nicht nur die Bürgermeister und die sonstigen parlamentarischen Mitglieder der städtischen Körperpolitiker einig. Auf den Tagungen des Hauptausbüros und der Unterverbände des Reichsstadtebundes wurde mit erster Sorge festgestellt, daß zwischen den Landräten und den freischnigen Städten auf wichtigen Angelegenheiten eine ausgeglichene Zusammenarbeit besteht. Der Kreis wird daher in Zukunft in der Lage sein, auf Grund der ihm übertragenen administrativen Befugnisse seine eigenen Interessen auf Kosten der freischnigen Städte durchzusetzen. Die Städte verneinen nicht, wie die Regierung durch diese Regelung die Entscheidung in vielen für die freischnigen Städte lebenswichtigen Fragen in die Hand der Kreisverwaltung legen kann, da diese dadurch tatsächlich zum Richter in eigener Sache berufen wird, ein Zustand, unter dem nicht nur die Beteiligten, sondern auch die bisher in unserem Rechtsstaat üblichen Anschauungen zum Schaden der Allgemeinheit leiden müssen. Die Entscheidungen über ihre Entwicklungsmöglichkeiten werden freischnigen Städten auf diese Weise entzogen, ernste Schädigungen werden daher nicht nur für die Städte, sondern auch für ihre Bevölkerung zu erwarten sein. Es ist daher nachdrücklich, daß die freischnigen Städte die Forderung erheben, daß die preussische Staatsregierung in eine Nachprüfung dieser Frage eintritt und die freischnigen Städte unter der Staatsaufsicht des Regierungspräsidenten beläßt. Eine solche Nachprüfung der Maßnahme ist um so leichter möglich, als die fraglichen Bestimmungen erst mit dem 1. April 1933 in Kraft treten sollen; sie ist um so dringlicher, als in mehreren Kreisen bereits die Feststellung getroffen ist, daß ihr Verwaltungsapparat für die nun übertragenen Arbeiten nicht ausreicht und sogar erheblich verkleinert werden muß. In diese Feststellung aber zutreffend, so enthält die gesetzliche Voraussetzung für den Erlass der Verordnung vom 3. September 1932, die nach den reichsgesetzlichen Grundlagern nun erlassen werden dürfte zur Durchführung von Vereinfachungen und Erparnissen in der Verwaltung, nicht zu neuer Betterierung.

An unsere Leser! An der Spitze aller Hilfsmittel bei der Wahlpropaganda der verschiedenen Parteien stehen trotz mehrfacher neuerlicher technischer Erfindungen wie Radio, Flugzeuge usw. immer noch die Zeitungen. In anbrecher dessen, daß unsere Zeitung zufolge ihres Charakters als Sozialblatt Angehörige wohl aller Parteien zu ihren Lesern zählt, wird sie auch zur nahe bevorstehenden Reichstagswahl in ihrem Angehörigen Kultur- und Wahlangelegen der verschiedenen Parteien vorfinden. Diese Kultur- und somit gegen Beschäftigung erfolgte Veröffentlichungen, die mit der Schriftleitung das geringste zu tun haben. Dasselbe trifft für Beilagen auftrage zu; der Herausgeber ist jeweils aus dem Druckvermerk zu erfahren. Die Verantwortung für den Inhalt der Anlagen und Beilagen tragen in jedem Falle die Auftraggeber, nicht die Schriftleitung der **Kölnischer Zeitung.**

Extra-Beilage. Als Beilage für die Deutsche Volkspartei zur Reichstagswahl am kommenden Sonntag liegt der heutigen Nummer eine Sonder-Beilage bei. Als Spitzenkandidaten in unsern Wahlkreis hat die Partei den Stadtmedizinalrat Dr. Schnell-Halle und Schloßmeister Stadtrat Michel-Halle a. S. aufgestellt. Näheres über diese beiden Kandidaten finden die Leser im Artikel „Die Deutsche Volkspartei“ auf der dritten Seite der heutigen Nummer. Beglückwünsche die Flugblattliteratur verweisen wir auf die dorthinbezügliche Mitteilung der Schriftleitung „An unsere Leser“.

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wädling (vorm. Wm. Weig), Markt 24/25
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Telegraphenamt: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restraum 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Katern.

№ 132

Donnerstag, den 3. November 1932

45. Jahrgang

Die Ernennungen

Die neue preussische kommissarische Regierung.

Berlin, 1. November.
In seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen hat der Reichsminister folgende Ernennungen vorgenommen:

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums hat er den Staatssekretär 3. D. Professor Dr. Poppi ernannt;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Reichsminister Freiherrn von Braun;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für öffentlichen Bau und Volkshilfe den Universitätsprofessor Dr. Käpfer.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien teilt keine Veränderung ein.

Der Reichspräsident hat den stellvertretenden Reichskommissar für das Land Preußen, Staatssekretär 3. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichskommissars für das preussische Finanzministerium, Staatssekretär 3. D. Professor Dr. Poppi, für die Dauer ihrer Betrauung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Reichsratsverfassungsausschuss einberufen

Berlin, 1. November.

Der Reichsminister hat in Vorbereitung der Wiederaufnahme der Reichsratsverhandlungen die Einberufung des Reichsratsausschusses für Beratung und Geschäftsordnung zum 3. November veranlaßt. Die Sitzung ist vertraulicher Natur und dürfte der Erörterung der preussischen Frage gewidmet sein.

Dem preussischen Staatsministerium wird hierzu ergänzend mitgeteilt, die Einberufung des Ausschusses geht auf einen preussischen Antrag zurück. Die preussische Staatsregierung habe der Absicht der Reichsregierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widersprochen.

Braun zu den Neuernennungen

Berlin, 1. November.

Das geschäftsführende preussische Staatsministerium Braun nimmt in einer Erklärung wie folgt zu den Ernennungen in Preußen Stellung:

„Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reichs. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der hauswirtschaftlichen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Zustimmung der preussischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preussischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund von Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden.“

Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zutreffender als die Bezeichnung als „Landesminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht in Einklang steht. In der Ernennung von Poppi wird man eine gewisse Abschwächung der Reichsregierung von der bisherigen Beurteilung der früheren Finanzgebarung des Reichs zu erblicken haben, an der Herr Poppi, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929 als maßgebender Fachbearbeiter mitgewirkt hat.“

Kabinett Braun im Reichsrat

vorausichtlich keine neue Prozenttage.

Berlin, 2. November.

Wie zur gestern angelegte Sitzung des Kabinetts Braun ist auf heute verschoben worden, weil einige der Minister, die am Wahlkampf teilnehmen, nicht früher in Berlin sein konnten. In der Kabinettsitzung will sich die Regierung Braun darüber schlüssig werden ob und welche Folgerungen sofort aus den neuen Maßnahmen des Reichskommissars bzw. der Reichsregierung zu ziehen seien.

In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß sich das Kabinett von einer abermaligen Anrufung des Staatsgerichtshofes im Augenblick nichts Wesentliches verspricht, wobei eine neue Situation höchstens gegeben wäre, wenn

eine Bayern oder ein anderes Land diesmal die Initiative ergreife.

Zu der Sitzung der Reichsratsausschüsse am Donnerstag dürfte das Kabinett, gestützt auf die Staatsgerichtshofentscheidung, keine Vertreter, nämlich die Ministerialdirektoren Dr. Bracht und Dr. Vadi, entsenden. Außerdem wird als weiterer preussischer hauptamtlicher Reichsratsvertreter der Ministerialdirektor im Handelsministerium Gohmann ernannt, der sich, wie verlautet, gleichfalls allein auf die Instruktionen der Staatsregierung für gebunden hält. Preussischer Stimmführer im Reichsrat bzw. in den Ausschüssen wird Ministerialdirektor Dr. Bracht sein. Die Staatsminister persönlich dürften an den Reichsratsausschussverhandlungen nicht teilnehmen.

Keine Stuttgarter Konferenz

In der Presse ist verschiedentlich von einer Stuttgarter Konferenz zwischen dem Bevollmächtigten der Reichsregierung, Freiherrn von Bersner, und den Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg die Rede, die dadurch nicht zustande gekommen sein soll, daß Freiherr von Bersner Stuttgart vor der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heß verlassen habe.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß eine derartige Konferenz überhaupt nicht geplant gewesen sei. Freiherr von Bersner steht seinem Zutritt gemäß in händiger Führung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und befindet sich augenblicklich auf einer Reise nach Dresden und den süddeutschen Hauptstädten München, Stuttgart und Karlsruhe.

Es ist richtig, daß Freiherr von Bersner in Stuttgart mit dem Staatspräsidenten Dr. Holz verhandelt hat. Eine Zusammenkunft mit dem dann in Stuttgart eingetroffenen Ministerpräsidenten Dr. Heß war aber nicht vorgesehen. Es ist deshalb auch falsch, wenn in der Presse davon die Rede ist, der bayerische Ministerpräsident habe erklärt, er sei für Freiherrn von Bersner nicht zu sprechen.

Amisübernahme durch Poppi

Reichsminister Prof. Dr. Poppi hat in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskommissars für das Land Preußen im Geschäftsbereich des preussischen Finanzministeriums seine Amisgeschäfte übernommen.

In seiner Einführungsrede vor den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Finanzministeriums hob Reichsminister Dr. Poppi hervor, daß er nicht als Fremder in das preussische Finanzministerium komme, mit dem er durch langjährige Zusammenarbeit in der preussischen und in der Reichsverwaltung verbunden sei. Er verweise auf die großen Aufgaben der Gegenwart, die darin gipfeln, den Finanzen des Landes Preußen und der von ihm umschlossenen Gemeinden und Gemeindeverbände wieder eine feste Grundlage zu geben, so daß sie — nach einem Worte Marc Aurels — nicht aufrechtzuerhalten werden, sondern aufrecht stehen.

Staatssekretär Schöntner brachte den Dank für die Begrüßungsworte zum Ausdruck und versicherte, daß die Beamtenschaft des Finanzministeriums wie bisher unter Einfluß der besten Kräfte an den großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, mitarbeiten werde.

Am Freitag Oberpräsidentenkonferenz

Reichskommissar Dr. Bracht hat die preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten für Freitag, den 4. November, zu einer Sitzung im preussischen Innenministerium eingeladen.

Die Tagesordnung soll erst zu Beginn der Besprechung bekanntgegeben werden. Derartige Besprechungen haben auch bisher schon wiederholt stattgefunden. Neben einer Aussprache über die politische Lage dürfte der Zweck der Zusammenkunft vor allem auch in einer Erörterung der sich aus der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Preußen und der Verwaltungsreform ergebenden Fragen bestehen.

Die Zusatzstimmen der Wahlreform

Keine Stimmrechtung der Arbeitslosen.

Die von dem Reichsinnenminister im Verein der Berliner Presse vorgereichten Vorschläge haben in der Defensivität, wie zu erwarten war, keine der parteipolitischen Richtung Kritik gefunden. Insbesondere haben die Ausführungen über die Schaffung von Zusatzstimmen für Familienernährer und Kriegsteilnehmer Anlaß zu der Behauptung gegeben, die Reichsregierung plane eine Stimmrechtung der Arbeitslosen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von einer derartigen Absicht überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Es handelt sich nach den Vorschlägen der Regierung um die Gewährung einer Zusatzstimme an diejenigen Männer oder Frauen,

denen die Sorge für die Ernährung einer Familie lasterantwortlich obliegt. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob ein Familienernährer, Mann oder Frau, seinen Unterhalt durch Arbeit erwirbt oder unterstügt wird. Es kommt allein auf die Tatsache an, daß jemand außer für sich auch noch für ein oder mehrere Kinder zu sorgen hat. Von einer Entschüpfung der Arbeitslosen kann also keine Rede sein.

Kahenberger zur Disposition gestellt

Berlin, 2. November.

Wie verlautet, ist der Vortragende Legationsrat Kahenberger, der mehrere Jahre lang den Anlaufkurs in der Presseführung der Reichsregierung leitete, zur Disposition gestellt worden. Geheimrat Kahenberger war bereits seit mehreren Monaten beurlaubt und ist während dieser Zeit für Sonderaufgaben des Auswärtigen Amtes verwendet worden. Nach Ansicht politischer Kreise wird erwartet, daß Geheimrat Kahenberger in Kürze an einer anderen Stelle im Reichsdienst wieder Verwendung finden wird.

Kommunistische Staatsreichspläne?

Die Pressekorrespondenz der NSDAP veröffentlicht ein kommunistisches Rundschreiben.

München, 2. November.

Die Pressekorrespondenz der NSDAP veröffentlicht ein Rundschreiben, das nach den Mitteilungen der Korrespondenz von der Exekutive des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Vermerk „t r e n g g e h e i m“ an die Bezirksleitungen der Partei verandt worden ist und Anweisungen für einen Staatsstreik enthält.

Nach diesem Schreiben sollen vom 15. November ab große Demonstrationen und Generalstreiks durchgeführt und Streiks an den Bauwerken der Wohnbau- und der kommunalwirtschaftlichen organisiert werden, um die Polizei zu zermürben. Der verbotene „Röslonkämpferbund“ wird überhaupt alle kommunalwirtschaftlichen Kampfgemeinschaften sollen mobilisiert und gegen die Polizei eingesetzt werden.

Weiter enthält das von der nationalsozialistischen Korrespondenz veröffentlichte Rundschreiben Anweisungen über die Befehle von Katernen und Polizeierkämpfern. Die Polizei soll durch provokative Unruhen solange eingeschalten werden, bis die Befehle gelungen ist. Dann sollen Fernsprechtäler, Flugblätter, Post und Eisenbahn, Verwaltungsgebäude und Banken befehligt werden.

In diesen sollen auch schon Entwürfe für amtliche Bekanntmachungen nach einer Revolution im Wortlaut vorliegen, die politische Verammlungen mit Todesstrafe bedrohen und die Auflösung der Reichs-, Länder- und Stadtparlamente sowie die Einlegung eines Vollzugsrates der „Revolutionsezeitung“ vorsehen. Andere Vorbereitungsarbeiten betreffen die Handreichliche Erziehung bei Grenzüberritten

colorchecker CLASSIC

Veröffentlichung, 2. November

zeit sie mit dem ist, für die Zeit (Schrift).

1. Oktober (Schrift)

mlahreiter für DNe (Schrift).

o dem letzten

chheit entspre der Hälfte der (Schrift).

zeit sie mit dem für die Zeit vom (Schrift).

uer,

n für Monats-

Stammminister, Schatzminister, soweit nicht Sonderordnungen bestehen.

Gegen Parteiegoismus und Parteizerrissenheit für Deutschland!

Wählt Deutschnationale Volkspartei Liste 5!